

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/10/2007

über die öffentliche Sitzung am 27.11.2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 23:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann
Frau Carola Behr
Herr Harald Düwel
Herr Rolf Griesenberg
Herr Steffen Rotermundt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen
Herr Horst Marzi

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Gisela Dietterlein - Seniorenbeirat -
Herr Bela Randschau - Kinder- und Jugendbeirat -

Verwaltung

Frau Angela Haase - Protokollführerin -
Herr Horst Kienel - Berichterstatter -
Frau Christiane Link - ab TOP 6/ ca. 20:00 Uhr -
Herr Ralf Reichardt - bis incl. TOP 6 -
Frau Birgit Reinhold - bis incl. TOP 6 -

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2007 vom 30.10.2007
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Bericht über die Umsetzung des Konzeptes zur Gebäudeleit-
technik
7. Gewinn- und Verlustrechnung 2006 der städtischen Mietwoh-
nungen **2007/139**
8. Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011 **2007/116**
(2. Änderungsliste wird am 22.11.2007 nachgereicht)
9. Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008 **2007/115**
- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -
(2. Änderungsliste wird am 22.11.2007 nachgereicht)
10. Verschiedenes
- 10.1. Wirtschaftsförderung
11. Kenntnisnahmen
- 11.1. 2. Nachtragshaushaltssatzung 2007

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Gegen die Festsetzung der Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

3 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2007 vom 30.10.2007

Keine Einwendungen.

Das Protokoll wird sowohl hinsichtlich des öffentlichen als auch des nichtöffentlichen Teiles genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Auf den städtischen Konten sind zurzeit rd. 2,1 Mio. € verfügbar. An Tagegeld stehen weitere 5,5 Mio. € zur Verfügung. Diese hohen Beträge resultieren aus dem Steuertermin 15.11.2007. Ferner wird im Dezember 2007 die letzte Rate der Einkommensteuer (Vorauszahlung für das IV. Quartal 2007) von rd. 2,2 Mio. € erwartet. Danach werden rd. 9,8 Mio. € Einnahmen verfügbar sein.

Diesen stehen an Ausgaben für die kommenden vier Wochen rd. 4,88 Mio. € für Gehälter, die Kreisumlage, etc. gegenüber. Ferner werden im Hinblick auf den Jahresabschluss 2007 höhere Ausgaben für Baumaßnahmen wegen der erforderlichen Schlussrechnungen erwartet, sodass mit Gesamtausgaben von rd. 6 Mio. € gerechnet wird.

Demnach wären Mittel in Höhe von 3,8 Mio. € verfügbar, sodass die Liquidität nicht gefährdet ist.

Es wird nachgefragt, ob der Anteil an der Einkommensteuer mit 12,1 Mio. € für 2007 erreicht wird. Dieses wird von der Verwaltung bestätigt. Zurzeit sind rd. 9,0 Mio. € eingenommen, es besteht noch ein Fehlbedarf von 3,08 Mio. €. Dieser wird durch die oben dargestellte Nettorate der Vorauszahlung für das

IV. Quartal 2007 und des – allerdings nur im Wege der Verrechnung gebuchten Betrages der Gewerbesteuerumlage – voll erreicht. Es werden Einnahmen von rd. 12,2 Mio. € für den Jahresabschluss 2007 erwartet.

Daneben wird auf Anfrage berichtet, dass die Gewerbesteuern zurzeit bei rd. 20 Mio. € Anordnungssoll liegen. Somit wird das Haushaltssoll voraussichtlich um rd. 1,0 Mio. € überschritten. Diese Mehreinahmen können für die den Planansatz übersteigende Gewerbesteuerumlage (rd. 80.000 €) herangezogen werden.

6 Bericht über die Umsetzung des Konzeptes zur Gebäudeleittechnik

Den Sachvortrag halten Frau Reinhold und Herr Reichardt gemeinsam, wobei Frau Reinhold in die Thematik einführt. Sie verweist zunächst auf Vorlage 2007/ 010 vom 12.01.2007, worin das Konzept zum Aufbau der Gebäudeleittechnik (GLT) dem Finanzausschuss vorgestellt wurde.

Es soll ein Gesamtkonzept für alle städtischen Liegenschaften über 1.000 m² Nutzfläche unter Berücksichtigung der Beurteilungsfaktoren:

- baulicher und technischer Zustand
- der Bausubstanz
- Nutzung sowie
- energetische Optimierung

erarbeitet werden. Darin werden eingebunden sein:

- Brandschutzmaßnahmen und ggf. Sicherheitsbeleuchtung,
- bauliche und technische Sanierung,
- Aufbau der GLT sowie
- die Erstellung des Energieausweises.

Sie führt ferner aus, dass in 1997 bis 2007 ca. 1,54 Mio. € für die Nachrüstung des Brandschutzes investiert wurden. Die Maßnahmen sind weitestgehend abgeschlossen. Folgekosten sind die Erweiterung der Sicherheitsbeleuchtung, sofern Anpassungen wegen neuer Brandabschnitte erforderlich sind.

Herr Reichardt führt aus, dass die Energieeinsparverordnung (EnEV) ab dem 01.10.2007 in Kraft sei. Diese schreibe verbindlich ab dem 01.07.2008 einen Energieausweis für Wohngebäude vor Baujahr 1965 vor. Für Wohngebäude mit einem Baujahr nach 1965 sei ein Energieausweis zum 01.01.2009, d. h. 6 Monate später, erforderlich. Ein Energieausweis ist für alle vermieteten oder verpachteten Gebäude erforderlich, ferner bei Veräußerung von Gebäuden. Daneben ist ein Energieausweis auch dann erforderlich, wenn eine Sanierung erfolgen soll. Lediglich Wohngebäude unter 50 m² bedürfen keines Energieausweises. Für Gebäude der öffentlichen Hand gelten Sonderregelungen, wonach der Energieausweis öffentlich ausgehängt werden müsse.

Er erläutert ferner die Bestimmungen für einen „Bedarfsausweis“ und für

„Verbrauchsausweise“. Für alle Energieausweise gelte aber, dass notwendige Sanierungsmaßnahmen aufgezeigt werden müssen.

Für das Schulzentrum Am Heimgarten erfolgt derzeit im Zusammenhang mit der Sanierung der Schaltschränke der Aufbau der GLT. Zurzeit ist eine provisorische Anbindung an das Rathaus erfolgt, die aber noch nicht optimal eingerichtet sei.

2008 sei vorgesehen, die Grundschule Am Schloss und das Jugendzentrum „42“ an die Zentrale (Rathaus) anzuschließen. 2009 sei beabsichtigt, die Stormarnschule und die Fritz-Reuter-Schule aufzuschalten. Eine Aufschaltung des Rettungszentrums sei zurzeit vernachlässigt worden.

Anmerkung der Verwaltung zur GLT

Die Aufschaltung der GLT für die Stormarnschule ist im 1. Entwurf des Investitionsprogramms vom 09.10.2007 bisher für 2010 vorgesehen. In die 2. Änderungsliste zur Finanz- und Investitionsplanung wurde - bezogen auf die Stormarnschule - aber für 2008 die Erneuerung der Sicherheitsbeleuchtung (135.000 €) aufgenommen; ferner im Verwaltungshaushalt das Konzept für die energetische Optimierung (30.000 €). Für 2010 sind im Finanz- und Investitionsprogramm/ .1 Entwurf ferner der Aufbau der GLT für die Grundschule Am Aalfang und die Fritz-Reuter-Schule vorgesehen. Im Jahr 2009 sind GLT-Ausgaben für den Marstall und die KiTa Schäferweg bereitgestellt. Im Zuge der Fortschreibung des Investitionsprogramms erfolgt eine Anpassung der GLT-Kosten für 2010/2011.

Anhand eines Zeit und Maßnahmenplanes werden die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen der Gebäude mit über 1.000 m² Nutzfläche erläutert. Dieser Plan liegt dem Protokoll als **Anlage** bei. Beispielhaft werden einige Maßnahmen im Folgenden genannt.

- Stormarnschule
Sanierung der „Alten Turnhalle“ nach neuesten Bestimmungen ist abgeschlossen; Pausenhallen- und Foyer-Problematik (Grundsatzentscheidung für eine Realisierung ist noch zu treffen) wird angesprochen (Sanierungsmaßnahme), Grundsaniierung Rundbau ist noch erforderlich.
- Grundschule Am Schloss
Grundsaniierung Turn- und Pausenhalle sollen ab 2011 folgen; Sanierung der Schule wird durch umfangreichen Teilneubau in Angriff genommen.
- Fritz-Reuter-Schule
Sie steht energetisch am schlechtesten dar, bedingt durch die Bauweise.
- Grundschule Am Reesenbüttel
Energetisch auch relativ ungünstig.
- Schulzentrum Am Heimgarten und Rathaus
Umfangreiche Fassadensanierung wäre als Gebäudesanierungsmaßnahme erforderlich, wird aufgrund des hohen Kostenaufwandes nach 2011 verschoben (2,6 Mio. € für das Schulzentrum Am Heimgarten, rd.

3,1 Mio. € Kostenschätzung für das Rathaus); vor einer Fassadensanierung des Rathauses wäre es empfehlenswert, einen Wettbewerb durchzuführen.

Im Anschluss an diesen Vortrag werden Verständnisfragen gestellt. So wird von Herrn Marzi bezüglich der Turnhalle der Grundschule Am Reesenbüttel darauf hingewiesen, dass im Sportbereich Thermostate fehlen. Dieses wird von anderen Ausschussmitgliedern aufgegriffen, die empfehlen, vorrangig im Zuge von Bauunterhaltungsmaßnahmen Thermostate zur Regelung einzubauen. Die Mitarbeiter des Fachdienstes IV.4/ ZGW halten jedoch die ganzheitliche Sanierung von Gesamtgebäuden für die bessere Lösung. So sei gerade in Sporthallen mit Vandalismus zu rechnen. Thermostate könnten abgetreten werden. Sinnvoller sei grundsätzlich eine zentrale Regelung der Heizanlage.

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich, ob der Energieausweis Pflicht sei. Dieses wird für alle öffentlichen Gebäude mit Dienstleistungscharakter über 1.000 m² bejaht. Zu den Kosten wird ausgeführt, dass diese unterschiedlich seien. Eine Kostenschätzung für das Rathaus habe Kosten bis zu 7.500 € ergeben.

Erörtert werden auch Maßnahmen zum sparsameren Umgang mit Wasser. So wird angeregt – wo dies noch nicht erfolgt sei -, die Schulen und Turnhallen mit so genannten „Selbstschlussarmaturen“ auszustatten. Herr Reichardt berichtet, dass dieses größtenteils bereits erfolgt sei, allerdings noch nicht im Sportbereich der Grundschule Am Reesenbüttel.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die in der Investitionsplanung vorgesehenen Maßnahmen, wonach für 2008 das Rathaus, die Grundschule Am Schloss und das „42“ mit Gebäudeleittechnik ausgestattet werden sollten, für 2009 der Marstall und die KiTa Schäferweg. Er fragt nach, ob die für 2010 vorgesehenen Maßnahmen nicht vorgezogen werden könnten. Ihm wird berichtet, dass weitere Maßnahmen mit dem vorhandenen Personal nicht abgearbeitet werden könnten. Die Maßnahmen müssten auch „schaffbar“ sein. Gerade durch die erforderlichen Energieausweise werde jedoch enorme Personalkapazität im gleichen Zeitraum gebunden.

Der Finanzausschuss dankt für die Ausführungen.

**7 Gewinn- und Verlustrechnung 2006 der städtischen Miet- 2007/139
wohnungen**

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Finanzausschusses im Januar 2008 vertagt. Es wird darum gebeten, dass dann die zuständige Mitarbeiterin des Fachdienstes IV.4 an der Sitzung teilnehme.

Zu dieser Sitzung wird ergänzend auch um Prüfung gebeten, ob und ggf. wann für die Wohnung Pionierweg 17 eine Mieterhöhung möglich sei.

Der Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008 (Vorlage 2007/ 115) wird gemeinsam mit der Finanzplanung und dem Investitionsprogramm 2007 bis 2011 beraten. Grundlage der Beratung bilden die Entwürfe der Verwaltung vom 09.10.2007 sowie die 2. Änderungsliste vom 22.11.2007.

Eingangs berichtet der Finanzausschussvorsitzende, dass für seine Fraktion der Abschluss der Haushaltsberatung noch in diesem Jahr vorstellbar sei. Die **Beschlussfassung** sei in der Stadtverordnetenversammlung am **Montag, dem 17.12.2007** möglich, wenn sich zumindest die beiden großen Fraktionen auf die großen Projekte und Maßnahmen verständigen. Da die CDU-Fraktion über den Haushalt 2008 erst am 01.12.2007 beraten, könne es zu kleineren Ansätzen evtl. noch Änderungsanträge geben. Er bittet darum, Änderungsanträge zur Finanzplanung und dem Investitionsprogramm sowie zur Haushaltssatzung 2008 bis 10 Tage vor der Stadtverordnetenversammlung einzureichen.

Der Ausschussvorsitzende empfiehlt, zur Verringerung der Kreditaufnahme von zurzeit noch 2,7 Mio. € für 2008 (von bisher 5,0 Mio. €) vom Stadtentwässerungsbetrieb 1,0 Mio. € Eigenkapital abzuziehen. Der Stadtentwässerungsbetrieb habe erklärt, über auch künftig hohe Liquidität zu verfügen. Es sei ohne weiteres vorstellbar, 1,0 Mio. € dem städtischen Haushalt zuzuführen. Ferner sollte der Ausbau Große Straße sowohl für die Freiflächengestaltung wie auch für den Ausbau der Straße selbst anteilig verschoben werden, sofern dieses ohne Gefährdung der Förderung möglich sei.

Herr Düwel erklärt für die SPD-Fraktion, dass auch diese sich den Beschluss zum Haushalt 2008 und zum Finanz- und Investitionsprogramm für den 17.12.2007 vorstellen könne. Allerdings bittet er darum, eine Wiederholung der Erlebnisse aus der letzten Stadtverordnetenversammlung zu vermeiden. Darin sei ein Alternativantrag „aus dem Hut gezaubert worden“, dieses sei nicht in Ordnung gewesen. Besonders hingewiesen wird z. B. darauf, dass die SPD in der Stadtverordnetenversammlung nicht den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses als ppp-Modell mittragen wolle und werde. Der Ausschussvorsitzende sagt zu, dass keine entsprechenden Anträge gestellt werden. Im Haushalt 2008 seien für den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses nur Planungskosten und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2,5 Mio. € für die kommenden Jahre ausgewiesen. Ferner sei die Maßnahme mit einem Haushaltsvermerk versehen, wonach die Wirtschaftlichkeit einer Realisierung als ÖPP-Projekt zu prüfen und durch die Stadtverordnetenversammlung abzustimmen sei. Dieses erfolge in 2008. Er als Ausschussvorsitzender könne zusagen, dass ggf. nur zu anderen kleineren Maßnahmen Änderungsanträge erfolgen.

Zur **Freiflächengestaltung Große Straße/ HHSt. 5800.9525** berichtet die Verwaltung, dass das Haushaltssoll 2008 auf der Einnahmenseite (HHSt. 5800.3610) von 140.000 € nur realisiert werden könne, wenn ein Haushaltsansatz von 400.000 € - statt bisher 750.000 € - belassen werde. Den Hintergrund bildet ein Förderungsbescheid von September 2007, wonach die Förderung von 31 auf 40 % aufgestockt wurde. Werden diese zusätzli-

Anteile in Höhe von jährlich 1,5 Mio. € zulasten des Jahres 2010 reduziert werden. Dadurch wird eine Absenkung der Kreditaufnahme erreicht. Der Verkäufer der Erweiterungsflächen für das Gewerbegebiet Beimoor-Süd hat erklärt, dass der Kaufpreis erst in 2010 gezahlt werden brauche. Der Kaufvertrag müsste aber 2008 abgeschlossen werden. Daher muss eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2008 bleiben.

Die Verwaltung berichtet ferner, dass zur **Ansammlung von Stiftungskapital für das Schloss Ahrensburg** sich die Sparkasse Stormarn bereit erklärt hat, eine eigene Stiftung zu gründen und diese Zinseinnahmen der Stiftung Schloss Ahrensburg zur Verfügung zu stellen. Dieses erfolgt allerdings nur dann, wenn die Stadt Ahrensburg in gleicher Höhe Stiftungskapital bereitstellt und entsprechende Einzahlungen in die bestehende Stiftung vornimmt. Dieses ist für die Jahre ab 2010 in fünf Jahresraten à 100.000 € beabsichtigt. Näheres wird in Vorlage 2007/ 146 ausgeführt.

Im Hinblick auf die abgesenkte Kreditaufnahme bittet der Finanzausschussvorsitzende, auch die **Tilgungsausgaben** abzusenken. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu, weist aber darauf hin, dass für die bereits aufgenommenen Kredite feste Tilgungsbeträge von 425.000 € zu entrichten sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Zinsen sich laufend verringern, die ersparten Zinsen aber bei gleich bleibender Annuität als Tilgung gezahlt werden. Der Haushaltsansatz kann unter der Voraussetzung, dass der Kredit erst zum Ende des Jahres 2008 aufgenommen wird, auf 430.000 € abgesenkt werden.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass die **Eigenkapitalverzinsung der GAG** (HHSt. 9100.2130) um 80.000 € auf 280.000 € anzupassen ist.

Im Ergebnis könnten diese Veränderungen dazu führen, dass ein Kreditbedarf von rd. 1,0 Mio. € bestehen bleibt, der vertretbar wäre.

Die in der 2. Änderungsliste dargestellten Änderungen werden zur Kenntnis genommen.

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011 wird mit dem Volumen von 51.369.600 € zuzüglich der Änderungen der 2. Änderungsliste 2007 zum Investitionsprogramm und der heute im Finanzausschuss erörterten Veränderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

**6 dafür
2 Enthaltungen**

10 Verschiedenes

10.1 Wirtschaftsförderung

Herr Stadtverordneter Düwel bittet um einen aktuellen Bericht zur Wirtschaftsförderung. Frau Link sagt diesen für die Sitzung des Finanzausschusses **Ende Februar 2008** zu.

Auf Nachfrage wird berichtet, dass von einer Umfrage an die Ahrensburger Gewerbebetriebe zunächst Abstand genommen wurde. Die Personalbesetzung lässt eine Abarbeitung der zu erwartenden Rückläufe derzeit nicht zu.

11 Kenntnisnahmen

11.1 2. Nachtragshaushaltssatzung 2007

Es wird berichtet, dass der Innenminister mit Schreiben vom 16.11.2007 die 2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2007 zur Kenntnis genommen hat. Eine Genehmigung war nicht erforderlich.

gez. Koch
Vorsitzender

(Haase)
(Protokollführerin)